

## Moderne Verkehrspolitik braucht Öffentlich-Private-Partnerschaften

*Der BGA hat sich unlängst angesichts der Sondersitzungen des Verkehrsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Wirtschaftsausschusses vehement für die Beibehaltung der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) ausgesprochen. Die Finanzierung von wichtigen Infrastrukturprojekten mittels ÖPP ist ein wichtiger Beitrag zum bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Gerade durch die Bündelung der Kompetenzen können Entscheidungsprozesse optimiert und durch finanzielle Anreizsetzung Bauprozesse schneller und effizienter gestaltet werden.*

Die Finanzierungspartnerschaft zwischen Bund und Privaten hat sich in den vergangenen Jahren im Bundesfernstraßenbau vielfach bewährt – alle Projekte wurden im Termin- und Kostenrahmen realisiert. Die ÖPP bieten eine innovative und wichtige Möglichkeit zur Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten. Die ÖPP ist eine sinnvolle und wirtschaftliche Beschaffungsvariante, dies trotz der erheblichen Nachforderungen der Betreibergesellschaft A1 Mobil gegen den Bund. Der BGA fordert eine sachliche und ausgewogene Darstellung der ÖPP.

### ÖPP ist eine geeignete Beschaffungsvariante

Deutschland hat eine massive Investitionsschwäche, die Verkehrsinfrastruktur wird im internationalen Vergleich immer schlechter. Schlechte Straßen, Brücken und Schienenwege verursachen enorme volkswirtschaftliche Schäden und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Zudem belastet dies erheblich die Umwelt. Wir brauchen dringend kurzfristige Investitionen, um schnell bestehende Lücken zu schließen, und langfristige, um Deutschlands Infrastruktur nachhaltig zu stärken.

Zusätzlich zu verstärkten Investitionen in Höhe von 15 Milliarden Euro jährlich bedarf es erheblicher Investitionen in Höhe von rund 11 Milliarden Euro zur nachhaltigen Überwindung des Investitionsstaus.

### Zusätzliche Investitionen von rund 11 Mrd. Euro

Ausreichend Mittel für den Neu- und Ausbau der Bundesautobahnen stehen im Haushalt somit trotz der erheblichen Steuereinnahmen nicht zur Verfügung. Die Privaten können hier die Anstrengungen des Bundes mit erheblichen Anlagevermögen unterstützen. Zudem bieten ÖPP in Zeiten der politisch motivierten Niedrigzinspolitik gute Anlagemöglichkeiten.

Gerade durch die Bündelung der Kompetenzen können Entscheidungsprozesse optimiert und durch finanzielle Anreizsetzung Bauprozesse schneller und effizienter gestaltet werden.

Wie auch das vom Bundesfinanzministerium beauftragte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats über die „Chancen und Risiken Öffentlich-Privater Partnerschaften ÖPP“ aus dem Jahr 2016 feststellt, können ÖPP insbesondere im kostenintensiven Bundesfernstraßenbau dazu beitragen, unrentable öffentliche Infrastrukturinvestitionen zu vermeiden, und begünstigen wegen der Kostenminimierungsanreize des privaten Partners eine wirtschaftlichere Bereitstellung von Infrastruktur.

Die Verkehrsinfrastruktur steht vor erheblichen Herausforderungen, gerade jetzt braucht der Bund die Unterstützung der Privatwirtschaft. Nur gemeinsam kann die Verkehrsinfrastruktur zeitnah und nachhaltig ertüchtigt werden. Eine zukunftsweisende Infrastrukturpolitik

braucht Flexibilität und somit die Partnerschaften zwischen Bund und Privaten.

[Meike Tilsner]

## BGA-AKTUELL

### Turbostart ins zweite Halbjahr – BGA erhöht Außenhandelsprognose

„Mit einem kräftigen Zuwachs starten die deutschen Exporte in die zweite Jahreshälfte. Auch für die kommenden Monate sind wir optimistisch trotz des erstarkenden Euros. Fast noch beeindruckender haben sich die Importe entwickelt. Für das Gesamtjahr 2017 erwarten wir nunmehr einen Anstieg der Ausfuhren um 5 Prozent auf 1.267 Milliarden Euro und einen Zuwachs der Einfuhren um 6 Prozent auf 1.012 Milliarden Euro.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Juli 2017 bekannt gegeben. Demnach wurden Waren im Wert von 103,7 Milliarden Euro exportiert, ein Plus von 8,0 Prozent im Vorjahresvergleich. Mit einem Warenwert von 84,2 Milliarden Euro sind die deutschen Importe sogar stärker gestiegen, im Vorjahresvergleich um 9,4 Prozent. Die Außenhandelsbilanz schloss damit mit einem Überschuss von 19,5 Milliarden Euro ab.

„Die aktuelle Entwicklung des Euros ist in unseren Augen unkritisch. Für Exporteure gibt es gute Möglichkeiten, sich gegen Wechselkursschwankungen abzusichern, und nicht zuletzt werden die Einfuhren aus dem Ausland günstiger. Ein viel größeres Risiko besteht weiterhin durch protektionistische Töne und Maßnahmen in der Handelspolitik. Die Einführung von Sanktionen, Zöllen und Handelschranken zum Schutz der eigenen Wirtschaft sind anachronistisch. In einer globalisierten Welt schaden sie insbesondere auch dem Urheber selbst. Wir müssen daher geschlossen gegen diese Kräfte arbeiten“, so Börner abschließend.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 8. September 2017

### Mehr Gerechtigkeit für deutsche Autofahrer – Unterstützerpetition online

Die Europäische ECAR Allianz hat die Kampagne „**Mehr Gerechtigkeit für deutsche Autofahrer**“ gestartet. In

Deutschland wird die Kampagne durch den GVA getragen. Ziel ist es, eine Änderung im deutschen Designgesetz zu erreichen. So soll durch die Einführung einer Reparaturklausel den Fahrzeugherstellern die Möglichkeit zur Monopolisierung des Marktes für sichtbare Kfz-Ersatzteile wie Motorhauben, Kotflügel, Außenspiegel, Scheiben, Scheinwerfer und Rückleuchten genommen werden. Für den Erfolg von „Mehr Gerechtigkeit für deutsche Autofahrer“ ist eine breite Unterstützung wichtig.

Auf der Kampagnenwebsite [www.faire-ersatzteile.de](http://www.faire-ersatzteile.de) ist eine Unterstützerpetition online. Sie bietet zudem Informationen und Materialien zur Kampagne.

### BGA, DIHK, HDE und ZDH: Fahrverbote sind nicht die Lösung

„Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen von Bundesregierung, Ländern und Automobilherstellern, drohende Fahrverbote zu verhindern. Bis jetzt sind die Anstrengungen aber noch nicht ausreichend. Es müssen jetzt konzertierte Maßnahmen ergriffen werden, dann können die meisten Städte die Luftqualitätsstandards bis 2020 auch ohne Fahrverbote einhalten. Deshalb sollten die aktuellen Bemühungen nun intensiviert und insbesondere in den Städten zügig aufgegriffen werden.“

Dies erklärten BGA-Präsident Anton F. Börner, DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer, ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer und HDE-Präsident Josef Sanktjohanser anlässlich des Treffens von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Vertretern von Städten mit hoher Stickoxidbelastung am Montag.

Für die gesamte Wirtschaft, ihre Betriebe, Beschäftigten und Kunden würden Fahrverbote für Fahrzeuge, die zum Teil erst ein Jahr alt sind, erhebliche Belastungen mit sich bringen. Geschäfte und Dienstleistungseinrichtungen in den Stadtzentren sind dann für die Bürger schwerer zu erreichen. Zur Versorgung der Städte sind Unternehmen auf den Transport ihrer Waren und Werkzeuge angewiesen. Gerade kleinen und mittelständischen Betrieben mit umfangreichen Fahrzeugbeständen, beispielsweise im Handwerk, Handel, in der Industrie, im Dienstleistungssektor oder in der Logistik, ist ein kompletter Fuhrparkaustausch nicht zuzumuten. Sie müssen darauf vertrauen können, dass sie ihre Diesel-Fahrzeuge, die sie mit gültigen Euro-Normen erworben

haben, auch mit einer üblichen Laufzeit einsetzen dürfen. Leichte Nutzfahrzeuge, Lkw und der ÖPNV werden zum überwiegenden Teil durch Dieselmotoren angetrieben. Fahrverbote würden deshalb nicht nur zu hohen Kosten durch Wertminderung, Ersatz oder erhebliche Umwege gewerblicher Fahrzeuge in Städten führen, sondern auch die Versorgung der Städte insgesamt beeinträchtigen.

Bundesregierung, Länder und Automobilhersteller sollten über die bisherigen Beschlüsse zu Software-Updates, zum Mobilitätsfonds und zu Kaufprämien hinaus ihre Bemühungen ausweiten. Verbesserte Abgasstandards der Neufahrzeuge und Nachbesserungen der Diesel-Pkw im Bestand werden in den meisten Städten einen Beitrag dazu leisten, dass bis 2020 die Europäischen Luftqualitätsstandards eingehalten werden können. Handel, Handwerk und gewerbliche Wirtschaft unterstützen diese Entwicklung mit zahlreichen eigenen innovativen Projekten zur nachhaltigen Mobilität und leisten damit ebenfalls ihren Beitrag zur Luftreinhaltung.

An besonders belasteten Orten werden die bisher vorgesehenen Maßnahmen allein jedoch voraussichtlich nicht ausreichen. Deshalb sind vor allem die Städte gefordert, nachhaltige Lösungen für diese Gebiete zu finden. Eine intelligente, vernetzte Infrastruktur mit moderner Verkehrsführung, innovativen Parkleitsystemen und intelligenten Ampelschaltungen kann hier zur Vermeidung der umweltschädlichen Start-Stopp-Bewegungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch durch verstärkte Investitionen in die Erneuerung der kommunalen Flotten und eine nachhaltige Steigerung der Attraktivität alternativer Verkehrsmittel können Städte am stärksten zur Luftreinhaltung beitragen. Mit diesen Maßnahmen sollten Städte auf Basis des Mobilitätsfonds des Bundes noch vor dem Jahreswechsel schnell und konzentriert beginnen.

**i** Gemeinsame Pressemitteilung von BGA, DIHK, HDE und ZDH vom 4. September 2017

### Hängepartie geht in die dritte Runde

„An diesem Montag gehen die Brexit-Verhandlungen in die dritte Runde. Die jüngste Veröffentlichung von Positionspapieren der britischen Regierung ist jedoch eine Enttäuschung. Hatte man sich zu Beginn der Verhandlungen noch

auf den Prozess geeinigt, zuerst die Trennungsmodalitäten und dann die zukünftigen Beziehungen zu klären, vermeiden die jüngsten Papiere erneut eine klare Position hinsichtlich der finanziellen Verpflichtungen. Vielmehr lassen die Papiere starke Zweifel aufkommen, ob sich die britische Seite hinsichtlich der Komplexität der bilateralen Verflechtungen klar ist. Auch scheint man die Stärke der eigenen Verhandlungsposition zu überschätzen.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner heute in Berlin zur 3. Brexit-Verhandlungsrunde.

„Die Unternehmen brauchen so schnell es geht Sicherheit hinsichtlich der Rahmenbedingungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Sicherheit wird auf absehbare Zeit fehlen und dazu führen, dass man keine nennenswerten Investitionen im Vereinigten Königreich tätigen wird. Für viele Unternehmen ist der britische Markt allein schon wegen des Wechselkurseffekts weggebrochen. Dieser Wechselkurseffekt sorgt gleichzeitig dafür, dass sich die britischen Verbraucher weniger leisten können. Es sollte also im ureigenen britischen Interesse sein, endlich klare und realistische wirtschaftspolitische Positionen zu beziehen. Denn selbstverständlich haben die deutschen Unternehmen ein großes Interesse an tiefen und guten wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich, nur ist der Erhalt des Europäischen Binnenmarktes einfach wichtiger“, so Börner abschließend.

**i** BGA-Pressemitteilung vom 29. August 2017

## RECHT

### 10 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Besseren Rechtsetzung in Deutschland

Die Komplexität unserer Rechtsordnung wird zunehmend zu einem relevanten Wettbewerbsfaktor. Die Einhaltung der Normen ist zunehmend mit großem personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Dies wird gerade für kleine und mittelständische Betriebe zu einem ernst zu nehmenden Problem. „Think small first“ muss deshalb in Maßgabe aller wirtschaftsrelevanten Rechtsetzung sein.

Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, welcher der BGA neben neun weiteren Wirtschaftsverbänden angehört, hat deshalb „10 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Besseren Rechtsetzung in Deutschland“ vorgelegt. So müs-

sen die Gesetzgebung nachvollziehbar dokumentiert und Potenziale der Gesetzesbegründung ausgeschöpft werden. Die Fristen für Stellungnahmen und Umsetzungen neuer gesetzlicher Vorschriften sollen auf mindestens vier Wochen vereinheitlicht werden. Die mittelständische Wirtschaft ist früher in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen. Insgesamt sollen bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen die Interessen und Bedürfnisse sowie das Leistungsvermögen von Unternehmen kleiner und mittlerer Größe besondere Berücksichtigung finden.

Bürger und Wirtschaft haben den berechtigten Anspruch auf verständliche und anwendungsfreundliche Gesetze. Bessere Rechtsetzung dient dazu, die Qualität von Gesetzen zu erhöhen und diesem hohen Anspruch gerecht zu werden. Der BGA wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge zur besseren Rechtsetzung in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags Berücksichtigung finden.

[Alexander Kolodzik]

**i** Das Positionspapier der AG Mittelstand finden Sie unter <https://www.bga.de/info-media/>

## VERKEHR

### Mauterlöse liegen über den Erwartungen

Nach Angaben der Deutschen Verkehrszeitung wurden konjunkturbedingt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 227 Millionen Euro mehr eingenommen als im gleichen Zeitraum 2016. Für 2017 wurden Mehreinnahmen von 300 Millionen Euro gegenüber 2016 auf insgesamt 4,66 Milliarden Euro prognostiziert. Bereits im ersten Halbjahr 2017 beliefen sich die Einnahmen auf 2,34 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2017 nahmen die mautpflichtigen Fahrleistungen um 3,4 Prozent zu, die Einnahmen stiegen hierzu nicht in gleicher Weise. Dies ist die Folge der verstärkten Umrüstungen auf umweltfreundliche Euro-VI-Lkw, die den günstigsten Mautsatz haben. Weit über die Hälfte der mautpflichtigen Fahrleistungen entfallen auf Euro-VI-Lkw.

[Meike Tilsner]

### Förderung von LNG in der Seeschifffahrt

Das Bundesverkehrsministerium fördert künftig die Aus- und Umrüstung von Seeschiffen auf verflüssigtes Erdgas

(LNG) als Schiffskraftstoff. Mit dem neuen Förderprogramm soll der Einsatz von LNG in der deutschen Seeschifffahrt intensiviert werden. LNG gilt als umweltschonend, es verursacht keine Schwefeloxid-Emissionen, Stickoxid-Emissionen werden im Vergleich zu herkömmlichen Kraftstoffen um bis zu 90 Prozent und Partikel-Emissionen um ca. 98 Prozent reduziert. Ähnliches gilt für Flüssiggas (LPG), daher kritisiert der BGA, dass LPG in dieser Fördermaßnahme nicht berücksichtigt wird. Diese ist Bestandteil der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS). Sie ist die zentrale Plattform zur Gestaltung der Energiewende im Verkehr und damit zur Erreichung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele. Antragsberechtigt sind Unternehmen, die Eigentümer eines Schiffes sind oder einen Schiffsneubau planen, sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts. Die Antragsstellung soll zeitnah möglich sein.

[Meike Tilsner]

### Zitat der Woche

**»Für neue Produktionen ist es ganz einfach, irgendwo in der Welt ein neues Werk zu bauen.«**

Fabrice Bregier, Chef der Airbus Group, über die künftige Zusammenarbeit mit Großbritannien nach dem Brexit

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg,  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 12. September 2017  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich